

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Felix Stadler, BSc, MA (GRÜNE) und Mag. Mag. Julia Malle (GRÜNE) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte (GBI)) für den Gemeinderat am 22.06.2026 - 23.06.2026.

Bessere Durchmischung an Wiens Pflichtschulen

Die jährlichen Schuleinschreibungen an den Volksschulen lassen den Stresspegel bei Eltern, Direktor:innen und Kindern emporschnellen. Das Bangen um den begehrten Platz an ihrer „Wunschschule“ beginnt aber meist schon Monate oder Jahre davor. Denn einige Schulen sind beliebt und haben viel mehr Anmeldungen als Plätze. Andere Volksschulen, keine 10 Minuten entfernt, haben kaum Anmeldungen und sind wenig beliebt. Das hat oft weniger mit der Qualität der Schule als mit den sozioökonomischen Gruppen, die eine Schule besuchen, zu tun.

Auch in vielen anderen Großstädten weltweit ist das Thema der Schulwahl, Schulplatzzuteilung und der daraus resultierenden sozialen Segregation umstritten und problembehaftet. Seit den 1980ern hat die unregelmäßige Schulwahl zugenommen. In immer mehr Großstädten und Ländern wie New York, Boston, Berlin und Schweden kann man jedoch beobachten, dass die sozioökonomische Segregation zwischen den Schulen dadurch gestiegen ist. In diesen Städten und Ländern zeigt sich, dass die Schulwahl ganz stark mit dem sozioökonomischen Hintergrund zusammenhängt und Spaltungen zwischen Gesellschaftsgruppen verstärkt. In den vergangenen Jahren hat aber vielerorts eine Trendwende eingesetzt: Städte wie New York und Boston, aber auch deutsche Bundesländer

ändern ihre Systeme der Schulanmeldung und der Schulplatzzuteilung. Die neuen Systeme bringen mehr sozialen Ausgleich und eine stärkere sozioökonomische Durchmischung - und damit bessere Bildungschancen für alle. Gleichzeitig bleibt die freie Schulwahl, die zweifelsohne wichtig ist, bestehen.

Schulsprengel gibt es in Wien keine mehr. Offiziell sind bei der Schulplatzzuteilung vier Kriterien entscheidend: Die Nähe zum Wohnort, Geschwisterkinder, räumliche Kapazitäten und schulorganisatorische Erfordernisse. Das System klingt einfach und klar, denn theoretisch würde nach dieser Systematik jedes Schulkind in die nächstgelegene Schule gehen. In der Praxis lässt das System jedoch viel Spielraum zu und ist intransparent. Das führt dazu, dass die soziale Durchmischung an den Schulen und damit auch die Bildungsgerechtigkeit an den Wiener Volksschulen sinkt. Die sprachliche und ökonomische Segregation zwischen den Schulstandorten ist so oftmals größer als die Wohnortsegregation.

Zahlen aus mehreren Beantwortungen unserer Anfragen der letzten Jahre machen deutlich, dass außerordentliche Schüler:innen, die aufgrund der fehlenden Deutschkenntnisse dem Unterricht nicht ausreichend folgen können, innerhalb jedes Wiener Bezirks sehr ungleich verteilt sind. Es zeigt sich, dass die fehlende Durchmischung nicht nur zwischen den Bezirken groß ist, sondern auch innerhalb der Bezirke teils extreme Segregationstendenzen stattfinden. So finden wir auch im Schuljahr 2025/26 wieder enorme Unterschiede an außerordentlichen Schüler:innen zwischen Schulen, die innerhalb des selben Bezirks liegen und nah beieinander sind.

So gibt es beispielsweise im 18. Bezirk eine Schule, an der ca. 48 % der Schüler:innen dieser Volksschule aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse als außerordentliche Schüler:innen geführt werden – während an einer anderen Volksschule im selben Bezirk dieser Wert nur 0,4 % beträgt. Im 10. Bezirk reicht die Spannweite von ca. 6 % bis ca. 51 % und innerhalb des 2. Bezirks gibt es eine Schule, die 6 % und eine, die knapp 47 % außerordentliche Schüler:innen hat. Es zeigt sich also, dass auch im Schuljahr weiterhin dieselbe Problematik besteht, auf die wir seit geraumer Zeit eindringlich hinweisen. Diese Segregation zwischen Schulstandorten, die innerhalb eines Bezirks nahe beieinander liegen, verhindert Chancengerechtigkeit und Lernmöglichkeiten für alle Kinder.

Manche Eltern haben mehr Ressourcen, mehr Interesse und mehr Kenntnisse über das System, um für ihre Kinder die richtige, „gute“ Schule zu finden, als andere Eltern. Sie melden beispielsweise ihr Kind vor der Schulanmeldung temporär bei Verwandten oder Freunden an, damit sie näher bei der Schule wohnen. Eine Studie der WU Wien zeigt, dass in Wiens Volksschulen im Schnitt mindestens ein Kind pro Klasse nur aufgrund einer Fake-Adresse dort sitzt. Das derzeitige System führt somit nicht nur zu viel Stress bei Eltern, sondern verstärkt die soziale, sprachliche und ökonomische Trennung zwischen öffentlichen Volksschulen.

Fast alle Expert:innen und viele Schuldirektor:innen sind sich einig, dass die fehlende sprachliche und soziale Durchmischung hinderlich für den Bildungserfolg und den Spracherwerb der Kinder ist. Eine strukturelle Korrektur dieser Schieflage ist dringend notwendig. Es braucht ein System, welches die sozioökonomische Durchmischung an den Volksschulen fördert, den Stress der Eltern und Direktor:innen reduziert, die freie Schulwahl erhält und in Folge die Bildungschancen aller Volksschüler:innen in Wien erhöht. Ein System mit mehr Fairness, Gerechtigkeit und Transparenz.

Die unterzeichnenden Gemeinderät:innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Wiener Gemeinderat ersucht die amtsführende Stadträtin für Bildung, Jugend, Integration, Transparenz und Märkte, die für eine Evaluierung der Volksschulanmeldung einschließlich der Kriterien für die Schulplatzzuweisung erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen sowie alle Möglichkeiten zu prüfen, wie im Rahmen des Schuleinschreibeprozesses die sozioökonomische Durchmischung gefördert und Bildungsgerechtigkeit für alle Schüler:innen gewährleistet werden kann.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrags.

Wien, am 23.6.2023

